

Datenschutzerklärung

Unser Umgang mit Ihren Daten und Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bei der Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Rahmen des Immatrikulationsverfahrens an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg (HSU/UniBw H)

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Der Präsident der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg
Holstenhofweg 85
22043 Hamburg
Telefon: 040 / 6541- 2700
E-Mail: praesident@hsu-hh.de

Fachliche Verantwortung:
Studiensekretariat und Prüfungsamt der HSU/UniBw H
Telefon: 040 / 6541- 2704
E-Mail: pruefungsamt@hsu-hh.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Die/Der behördliche Datenschutzbeauftragte für die Bundeswehr
BfDBw
Fontainengraben 150
53123 Bonn
Tel.: 01888 / 12 - 12 540 oder 01888 / 12 - 12 542
E-Mail: BfDBw@bmvb.bund.de

Sie können sich auch wenden an:

Administrative Datenschutzbeauftragte der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr
Hamburg (ADSB HSU/UniBw H)
Zentrale Verwaltung
Holstenhofweg 85
22043 Hamburg
Telefon: 040 / 6541 – 2131
E-Mail: adsbunibwh@bundeswehr.org

3. Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen:

Die personenbezogenen Daten werden für Meldungen an das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein sowie für die Prüfungsverwaltung durch das Prüfungsamt verarbeitet.

Folgende Daten müssen zu diesen Zwecken erhoben und verarbeitet werden:

- Name, Vorname (ggf. Geburtsname)
- Geburtsdatum
- Geburtsort/Staat
- Staatsangehörigkeit(en)
- Geschlecht
- Postadresse am Studienort
- Postadresse am Heimatort (sofern abweichend)
- Hochschulzugangsberechtigung (Art, Note, Datum, Ort).

Sofern Sie bereits zuvor an anderen Hochschulen immatrikuliert waren, sind zudem folgende Angaben erforderlich:

- Datum der Ersteinschreibung
- Name der Hochschule der Ersteinschreibung
- Semesterangabe (Hochschulsemester gesamt, Urlaubssemester, Praxissemester, Unterbrechungssemester, Semester am Studienkolleg)
- Studienverlauf an in- oder ausländischen Hochschulen (Anzahl der Fachsemester, Zeitraum, Name der Hochschule, Studiengang)
- Angabe zu Abschlussprüfungen (erzielter Abschluss, Studiengang, Note, Abschlussdatum).

Zur Erleichterung der Arbeitsabläufe und der damit verbundenen Kommunikation können Sie zusätzlich folgende Daten angeben:

- Telefon-Nr. (Festnetz/Mobil)
- E-Mail-Adresse.

4. Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung:

Die Daten werden auf Grundlage der §§ 111 Abs. 1, 112, 116 Abs. 6 Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG) sowie des § 3 Abs. 1 Hochschulstatistikgesetz (HStatG) erhoben und verarbeitet. Die freiwilligen Angaben werden aufgrund Ihrer Einwilligung erhoben und verarbeitet, die Sie durch die Eintragung dieser Angaben in dem Antragsformular erklären.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Innerhalb der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg erhalten das Prüfungsamt und der IT-Bereich Ihre Daten zur Erfüllung der jeweiligen dienstlichen Aufgaben.

Bei der Belegung von Modulen an Hochschulen, mit denen Kooperationen bestehen, werden die zur Einschreibung und Prüfungsverwaltung erforderlichen Daten an die jeweilige Hochschule weitergegeben. Für die Verarbeitung personenbezogener Daten gelten die entsprechenden Datenschutzhinweise der jeweiligen Hochschule.

Ein Teil Ihrer Daten wird zudem anonymisiert an das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein weitergegeben.

6. Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert bzw. aufbewahrt werden:

Ihre personenbezogenen Daten, die Sie auf Ihrem Immatrikulationsantrag angegeben haben, werden für die Dauer von 50 Jahren gespeichert bzw. aufbewahrt.

7. Bestehen eines Rechts auf Auskunft:

Nach Artikel 15 der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) haben betroffene Personen das Recht, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Sofern dies geschieht, sind vorgeschriebene Informationen über die Verarbeitung zu geben und ist über die Rechte Betroffener zu unterrichten.

Die Unterrichtung über die Rechte Betroffener erfolgt mit diesem Dokument.

8. Bestehen eines Rechts auf Berichtigung:

Gem. Artikel 16 DSGVO haben betroffene Personen das Recht, unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung darf die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten - auch mittels einer ergänzenden Erklärung - verlangt werden.

Sollten Sie nicht korrekte oder unvollständige Sie betreffende Angaben entdecken, die nicht durch Sie korrigiert werden können, wenden Sie sich bitte zunächst an das Studiensekretariat der HSU/UniBwH. Alternativ können Sie sich an die zuständige Administrative Datenschutzbeauftragte der HSU/UniBwH wenden.

9. Bestehen eines Rechts auf Löschung:

Gem. Artikel 17 DSGVO hat die betroffene Person das Recht zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unter bestimmten Umständen unverzüglich zu löschen. Dies trifft zu,

- wenn die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht mehr erforderlich sind,
- wenn eine Einwilligung widerrufen wird und eine anderweitige Rechtsgrundlage fehlt,
- wenn die betroffene Person einen berechtigten Widerspruch eingelegt hat,
- wenn die personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet werden.

10. Bestehen eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung:

Gem. Artikel 18 DSGVO hat eine betroffene Person das Recht, unter bestimmten Voraussetzungen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Insbesondere sind folgende Fälle möglich:

- Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von der betroffenen Person bestritten.
- Die Verarbeitung ist unrechtmäßig und die betroffene Person lehnt die Löschung der personenbezogenen Daten ab.
- Der Verantwortliche benötigt die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger, die betroffene Person benötigt sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- Die betroffene Person hat Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Artikel 21 Absatz 1 DSGVO eingelegt und es steht noch nicht fest, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

In diesem Fall werden Sie gebeten zu beantragen, dass Ihre Daten nicht gelöscht werden, sondern sie für eine Einschränkung der Verarbeitung zu kennzeichnen. Der Antrag ist an das Studiensekretariat der HSU/UniBw H oder die Administrative Datenschutzbeauftragte der HSU/UniBw H zu richten.

11. Bestehen eines Widerspruchsrechts:

Gem. Artikel 21 DSGVO hat eine betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben e oder f erfolgt, Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet dann die personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

In dieser Anwendung werden personenbezogene Daten nach Artikel 6 Absatz 1 e DSGVO verarbeitet, erforderlich für die Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse und in Ausübung öffentlicher Gewalt, die der HSU/UniBw H übertragen wurde.

Sofern eine betroffene Person gegen die Verarbeitung ihrer Daten Widerspruch einlegt, ist die Fortsetzung des Studiums unter Umständen nicht möglich.

Der Widerspruch ist an die/den Verantwortliche(n) oder die Datenschutzbeauftragte der HSU/UniBw H zu richten.

12. Bestehen des Rechts auf Datenübertragbarkeit:

Das Recht auf Datenübertragbarkeit gem. Artikel 20 DSGVO gibt betroffenen Personen einen Anspruch, eine Kopie der sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem üblichen und maschinenlesbaren Dateiformat zu erhalten.

Dieses Recht gilt nicht für die Wahrnehmung von Aufgaben, die in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde. Dies trifft auf die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten durch das Studiensekretariat der HSU/UniBw H zu.

Somit ist das Recht auf Datenübertragbarkeit hier nicht gegeben.

13. Bestehen eines Rechts, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen:

Die Verarbeitung der Daten auf dem Immatrikulationsantrag ist grundsätzlich durch entsprechende Rechtsgrundlagen gedeckt - nicht durch Einwilligung. Auf Ihrer Einwilligung basieren jedoch die mit „*“ gekennzeichneten, freiwilligen Angaben in dem Antragsformular. Sofern Sie diese Einwilligung widerrufen möchten, kontaktieren Sie bitte das Studiensekretariat der HSU/UniBw H. Der Widerruf gilt mit Wirkung für die Zukunft.

14. Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde:

Gemäß Artikel 77 DSGVO hat jede betroffene Person das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Für die HSU/UniBw H als Bundeswehrdienststelle ist die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit die zuständige Aufsichtsbehörde.

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Graurheindorfer Straße 153
53117 Bonn
Telefon: 0228 / 997799-0
Fax: 0228 / 997799-550
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de

Unabhängig von dem Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde kann Beschwerde auch eingelegt werden bei der Beauftragten für den Datenschutz in der Bundeswehr (BfDBw).

Beauftragte für den Datenschutz in der Bundeswehr (BfDBw)
Fontainengraben 150
53123 Bonn
Telefon: 01888 / 12 - 12 540 oder 01888 / 12 - 12 542
E-Mail: BfDBw@bmvg.bund.de

15. Erforderlichkeit der Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für die Durchführung des Studiums und zu den unter 3. genannten statistischen Zwecken erforderlich.

Die betroffene Person ist insoweit verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen. Tut Sie dies nicht, ist eine Immatrikulation an der HSU/UniBw H und damit die Aufnahme des Studiums nicht möglich.

16. Automatisierte Entscheidungsfindung:

Eine automatisierte Entscheidungsfindung im Sinne des Art. 22 DSGVO findet im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung zur Immatrikulation nicht statt.